

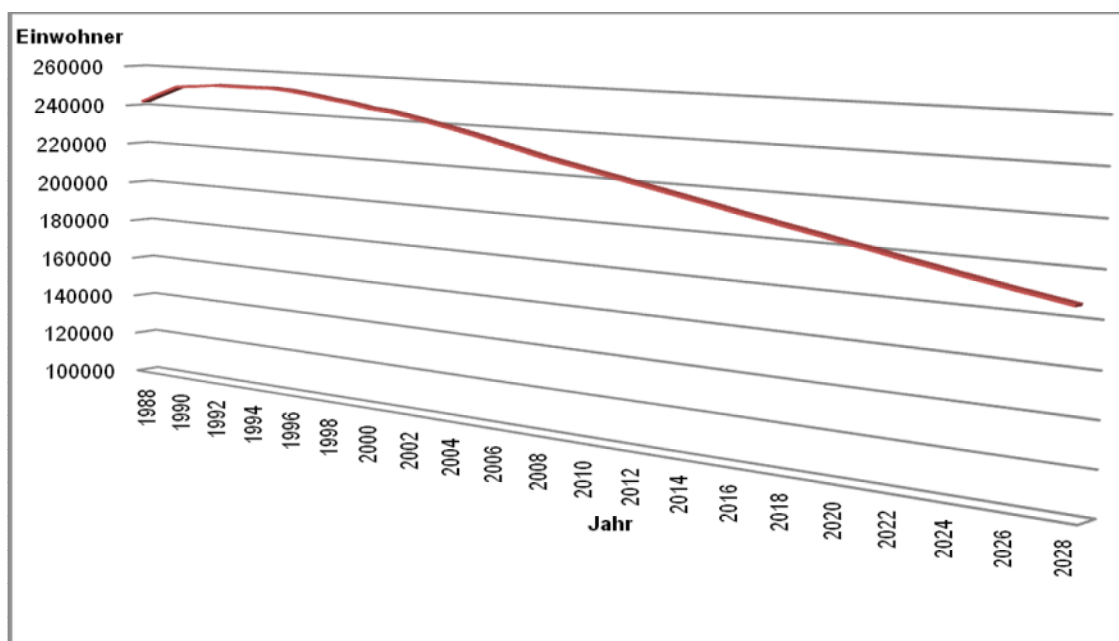
„Wachstum statt Abwanderung“

Zehn Maßnahmen gegen den Bevölkerungsrückgang

Aktionsplan zur Stärkung der Region Hochfranken

von Petra Ernstberger, MdB

Die Region Hochfranken wird laut verschiedenen Prognosen in den kommenden Jahren weiter an Einwohnern verlieren, ein ohnehin signifikanter Bevölkerungsverlust ist seit Mitte der 90er Jahre im Gange. Die jüngste Bevölkerungsvorausberechnung des Bayerischen Landesamtes für Statistik dokumentiert das drohende Ausmaß der Abwanderung erneut. So wird bis in das Jahr 2028 die Einwohnerzahl der kreisfreien Stadt Hof um 14,8 % abnehmen (2008: 47300 Einwohner, 2028: 40300 Einwohner), die des Landkreises Hof um 17,8 % (2008: 102500 Einwohner, 2028: 84200 Einwohner) und die des Landkreises Wunsiedel um 21,7 % (2008: 78400 Einwohner, 2028: 61400 Einwohner). Lebten im Jahr 1995 noch 252500 Menschen in Hochfranken, werden es im Jahr 2028 voraussichtlich nur noch 185900 Einwohner sein.



Grafik 1: Bevölkerungsentwicklung der Region Hochfranken

1988 bis 2008: Bevölkerung jeweils am 31. Dezember
2009 bis 2028: Prognose

Quelle: Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2028

Die Abwanderung junger Frauen und Männer, der Sterbeüberschuss in der Bevölkerungsstatistik und der mangelnde Zuzug neuer Einwohner stellen enorme Herausforderungen dar, vor denen die kreisfreie Stadt Hof sowie die Landkreise Hof und Wunsiedel stehen. Dieser negativen Entwicklung kann man mit grundverschiedenen Strategien begegnen. Eine Strategie würde diesen Bevölkerungsrückgang akzeptieren und alle öffentlichen Einrichtungen und Institutionen auf die neue, geringere Bevölkerungszahl zuschneiden. Die Anstrengungen der öffentlichen Hand würden sich darauf konzentrieren, den Schrumpfungsprozess zu gestalten und die Infrastruktur entsprechend anzupassen. Eine zweite Strategie hingegen setzt auf eine aktive und aktivierende Politik für schrumpfende Regionen. Ziel ist es vielmehr, die Lebens- und Standortqualität im ländlichen Raum zu verbessern, um so die anhaltende Abwanderung zu stoppen und in ein Bevölkerungswachstum umzukehren. Man stellt sich den oben genannten Herausforderungen, um Hochfranken neue Perspektiven zu eröffnen. Aus einer schrumpfenden Region soll eine Wachstumsregion werden.

Im Folgenden werden zehn Punkte genannt, die auf bundespolitischer Ebene dazu beitragen können, aus Hochfranken eine Zukunftsregion zu machen. Wir benötigen Wachstum statt Abwanderung!

1. Neue Arbeit schaffen, bestehende Arbeit erhalten

Oberste Priorität im Kampf gegen die anhaltende Abwanderung aus Hochfranken muss die Schaffung neuer Arbeitsplätze haben. Neue und mehr Arbeitsplätze tragen mit überragender Bedeutung dazu bei, dass die Menschen in der Region eine Perspektive haben. Zum Entstehen neuer und zur Sicherung bestehender Beschäftigung sollen folgende bundespolitische Maßnahmen der regionalen Wirtschaftspolitik beitragen:

Die bisher sehr erfolgreiche Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) wird fortgesetzt. Die Bundesmittel, die nach Hochfranken fließen, werden signifikant aufgestockt. Es erfolgt eine noch stärkere Konzentration der Fördergebietskulisse und der Mittelverwendung auf strukturschwache ländliche Räume wie Hochfranken.

In Hochfranken wird eine „Experimentierklausel“ zur Anwendung kommen, nach der bislang nicht förderwürdige, neue Maßnahmen unterstützt werden. Die GA-Förderung wird in Hochfranken zudem auf interkommunale Kooperationen unter Erarbeitung eigener regionaler Strategien konzentriert.

Zur Stärkung des Standortes wird ein vollständiger Abbau des Fördergefälles zu den Fördergebieten in den neuen Bundesländern und der Tschechischen Republik angestrebt.

Der Automobilzulieferpark in Hof/Gattendorf wird als Leuchtturmprojekt weiter gefördert, im Landkreis Wunsiedel soll mit Hilfe der GA ein hochfränkisches Kompetenzzentrum „Umwelttechnologien“ mit Technikum entstehen.

Der Tourismus in Hochfranken soll in seiner Funktion als bedeutender regionaler Arbeitsmarkt weiter wachsen. Dabei ist der Fremdenverkehr mit Hilfe der GA sanft auszubauen und auf wachsende Zielgruppen wie Kultur-, Gesundheits- und Wellness Touristen auszurichten.

Die Wettbewerbsfähigkeit des hochfränkischen Mittelstands wird durch eine Fortführung der Technologieförderung des Bundes ausgebaut. Im Rahmen einer Exportoffensive Hochfranken wird der heimische Mittelstand bei der Erschließung neuer Absatzmärkte unterstützt.

Das heimische Handwerk und die regionale Bauwirtschaft als gewichtige Stützen der hochfränkischen Wirtschaft werden durch die verstärkte Förderung der energetischen Sanierung öffentlicher und privater Gebäude gefördert.

Um Fachkräfte in der Region zu binden und die damit einhergehende hohe Qualität des heimischen Arbeitskräftepotentials zu sichern, ist auf eine entsprechend gute tarifliche Entlohnung zu achten; zu einer weiteren Lohnspreizung zwischen Stadt und Land darf es nicht kommen; ein gesetzlicher Mindestlohn gewinnt vor diesem Hintergrund zunehmend an Bedeutung.

2. Infrastruktur leistungsfähig modernisieren

Eine wichtige Voraussetzung, um im globalen Wettbewerb um Investitionen und Betriebsansiedlungen neue Arbeitsplätze in Hochfranken generieren zu können, ist eine leistungsfähige Infrastruktur. Folgende Punkte sind in den nächsten Jahren in diesem Bereich mit bundespolitischer Unterstützung abzuarbeiten:

Die Bestandssicherung des Hofer Flughafens und des Linienbetriebs ist ein gewichtiger Standortfaktor für den Mittelstand, eine Anbindung an das Luftdrehkreuz Frankfurt ist von fundamentaler Bedeutung. Der Flugbetrieb wird darüber hinaus derart weiterentwickelt, dass ein betriebswirtschaftlich gesicherter und somit unabhängiger Betrieb des Airports herbeigeführt wird.

Die Elektrifizierungen der Bahnlinien Reichenbach–Hof, Hof–Marktredwitz/Schirnding–Nürnberg und Hof–Marktredwitz–Regensburg müssen in den kommenden Jahren finanziell abgesichert, geplant und zügig umgesetzt werden. Eine vernünftige, modernisierte Anbindung der Region an den überregionalen Personen- und Güterverkehr ist unverzichtbar.

Die Reaktivierung der Bahnlinie Selb–Asch wird unverzüglich angegangen, um den regionalen und überregionalen grenzüberschreitenden Schienenverkehr zu stärken. Darauf aufbauend ist die Reaktivierung der Höllentalbahn neu zu bewerten.

Der Hofer Containerterminal wird zügig zu einem Güterverkehrszentrum ausgebaut werden, da der kombinierte Verkehr ein hohes Wachstumspotential in sich birgt. Auch die Wiederinbetriebnahme des Marktredwitzer Containerterminals muss neu in Angriff genommen werden.

Die hochfränkischen Bahnhöfe werden weiter modernisiert und saniert, um den Kommunen angemessene „Aushängeschilder“ zur Verfügung zu stellen. Die Bahnhöfe werden insbesondere barrierefrei und behindertengerecht ausgebaut.

Der leistungsfähige Ausbau der bestehenden B 303 zwischen Schirnding und der Bundesautobahn A 9 wird nach Vorliegen der Umweltverträglichkeitsstudie endgültig in Angriff genommen. Dabei sind unabhängig vom künftigen Trassenverlauf die anliegenden Gemeinden durch geeignete Maßnahmen vor Abgasen und Lärm zu schützen.

Die 100-prozentige Versorgung der Region mit Breitbandtechnologie wird bis 2011 sichergestellt. Dazu wird eine regionale Koordinierungsstelle mit einem hochfränkischen „Breitbandpaten“ angesiedelt. Diese Stelle lotet Fördermöglichkeiten aus und vermittelt zwischen Kommunen, Land, Bund, EU und Technologieanbietern.

3. Umwelt und Natur schützen, aber auch nutzen

Eine intakte Umwelt und eine geschützte Natur sind wichtige Grundlagen, um sich in Hochfranken heimisch und wohl zu fühlen und Touristen anzulocken. Die Potentiale unserer Naturlandschaft können aber auch wirtschaftlich erschlossen werden. Dazu sind folgende Vorhaben bundespolitisch anzugehen:

Die Erstellung und Umsetzung eines hochfränkischen regionalen Klimaschutzkonzepts wird mit Bundesmitteln gefördert.

Die Energieversorgung in Hochfranken wird mittel- und langfristig auf eine nachhaltige und effiziente Nutzung erneuerbarer Energien umgestellt. Mit den damit zusammenhängenden Investitionen, Dienstleistungen und Produkten werden regionale Einkommen und Wertschöpfung erhöht. Die Nutzung erneuerbarer Energien soll so zum Standortvorteil für den ländlichen Raum Hochfranken werden.

Ein neu einzurichtendes Kompetenzzentrum „Nachwachsende Rohstoffe“ wird dazu beitragen, die energetischen Potentiale in der Region Hochfranken zu erkunden und nutzbar zu machen.

Ein regionaler Mediator wird mögliche Konflikte zwischen Bürgern, Kommunen und Betreibern von Anlagen zur Gewinnung von Energie aus Wind, Wasser, Biomasse, Geothermie und Kraft-Wärme-Kopplung moderieren und beheben.

Mit einer hochfränkischen Energieeffizienzoffensive wird eine messbare Energiekostensenkung erreicht, die zu einem Standortvorteil werden soll. Der öffentliche Sektor wird dabei eine Vorreiterrolle übernehmen.

Die Förderung nachwachsender Rohstoffe wird in Hochfranken darauf ausgerichtet werden, möglichst nicht in Konkurrenz zur heimischen Nahrungsmittelproduktion zu treten.

Hochfranken wird dauerhaft eine gentechnikfreie Zone.

In Hochfranken wird eine möglichst flächendeckende Landbewirtschaftung beibehalten. Diese wird langfristig noch stärker ökologisch ausgerichtet. Durch die Förderung regionaler Vermarktung werden vor allem solche Landwirtschaftsbetriebe unterstützt, die es schwer haben, ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften.

Hochfranken kommt als Standort für ein atomares Endlager nicht in Frage und wird aus einer Standortsuche definitiv ausgeschlossen.

4. Mobilität sicherstellen

Gesicherte Mobilität ist für die Funktionalität und die Attraktivität der ländlichen Räume als Wirtschafts- und Lebensraum eine entscheidende Voraussetzung. Folgende Maßnahmen sollen auf bundespolitischer Ebene dazu beitragen:

Unser Land verbraucht derzeit rund 30 Prozent seiner Primärenergie im Verkehrsbereich. Um eine größere Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu erlangen, muss die Energieversorgung im Mobilitätsbereich künftig vielfältiger werden. Fahrzeuge mit Elektroantrieb bieten große Potenziale zur Verringerung der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen sowie der Abhängigkeit von Erdölimporten. Daher hat die Bundesregierung das Thema Elektromobilität in das Integrierte Energie- und Klimaprogramm aufgenommen.

In diesem Rahmen wird Hochfranken als ländlicher Raum zu einer Modellregion für Elektromobilität.

Hochfranken wird mittelfristig im Rahmen des Programms „Clean Energy Partnership“ des Bundes flächendeckend mit Wasserstofftankstellen ausgerüstet.

Die Verkehrssituation im ländlichen Raum ist besonders durch weite Anfahrtswege zu den Arbeitsplätzen geprägt. Deshalb ist den hochfränkischen Pendlerinnen und Pendlern durch eine Neugestaltung der steuerlichen Absetzbarkeit von Wegekosten eine finanzielle Entlastung sicherzustellen. Auch ein bayerisches Pendlergeld wird in Betracht gezogen.

Die Qualität des ÖPNV in Hochfranken wird weiter verbessert und ein bedarfsgerechtes Angebot im ÖPNV auch in der Fläche sichergestellt.

Die eingeschränkte Mobilität von Menschen ohne PKW wird gemindert. Für die Mobilität von Schülern, älteren Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen ergeben sich hier in ländlichen Regionen besondere Herausforderungen.

Auf Bundesebene werden die so genannten Regionalisierungsmittel erhöht, die der Bund dem Freistaat Bayern für den Regionalverkehr zur Verfügung stellt.

Die kostenlose Fahrradmitnahme in möglichst allen öffentlichen Verkehrsmitteln wird den hochfränkischen ÖPNV auch aus touristischer Sicht noch attraktiver machen.

Ein flächendeckendes System von Ruf- und Sammeltaxis im ländlichen Raum wird gefördert.

5. Tägliche Daseinsvorsorge sichern

In strukturschwachen und vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Regionen bestehen Probleme bei der Sicherung der Daseinsvorsorge zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Folgende bundespolitische Maßnahmen werden zur Diskussion gestellt:

Lebenswerte Regionen brauchen ein Mindestmaß an Versorgungseinrichtungen. Gerade im ländlichen Raum fehlt es vielfach an Versorgungsmöglichkeiten vor Ort. Politisch zu unterstützen sind deshalb die Gründungen von Genossenschaften, die Nahversorgung durch Selbstorganisation ermöglichen. Nach dem Motto „Aus der Region – für die Region“ wird die Nahversorgung zunehmend durch regionale Akteure gesichert.

Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser wird in Hochfranken ausgeweitet. Mehrgenerationenhäuser tragen dazu bei, Ideen und Konzepte für die Erhaltung und Stärkung der sozialen Infrastruktur auf kommunaler Ebene zu entwickeln und zu erproben. Zwei Drittel der bundesweit bestehenden 500 Mehrgenerationenhäuser arbeiten in ländlichen Gebieten oder Kleinstädten und unterstützen hier mit ihren Angeboten die örtliche Infrastruktur.

Die Lebensqualität im ländlichen Raum hängt auch im hohen Maße von der Wohnqualität ab. Ziel ist es, attraktive Wohnmodelle für alle Altersstufen und Lebensabschnitte anzubieten, durch eine zukunftsorientierte und auf Nachhaltigkeit ausgelegte Wohnungs- und Städtebaupolitik die Zergliederung des ländlichen Raumes zu verhindern und dörfliche und kleinstädtische Strukturen zu erhalten.

Mit dem Programm „Aktiv im Alter“ werden in Hochfranken die Potenziale älterer Menschen stärker in Gemeinden, Städte und Landkreise eingebracht. Mit lokalen Bürgerforen, Bedarfsermittlung und Aufbau selbstorganisierter Projekte wird das Leitbild des aktiven Alters stärker in den lokalen Strukturen verankert und die Generationensolidarität gestärkt. Dabei werden nicht nur bereits aktive Ältere, sondern auch partizipationsungewohnte Personengruppen angesprochen.

Kunst und Kultur erhöhen die Lebensqualität und gehören zur täglichen Daseinsvorsorge. Sie verbinden Menschen und stiften Identität, sie sind zudem Standortfaktor und Quelle wirtschaftlicher Wertschöpfung. Die Teilnahme am kulturellen Leben darf keine Frage des Geldbeutels sein und muss durch staatliche Fördermaßnahmen allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden.

6. Medizinische und pflegerische Versorgung erhalten

Ziel einer ausgewogenen Gesundheits- und Pflegepolitik für Hochfranken ist es, eine gute und ausreichende Versorgung zur Verfügung zu stellen. Diese muss von den Bürgerinnen und Bürgern mit zumutbarem Aufwand jederzeit in Anspruch genommen werden können. Dazu sind die folgende bundespolitischen Maßnahmen umzusetzen:

Durch den demographischen Wandel steht die Gesundheitsversorgung vor einer großen Herausforderung, egal ob in Stadt oder Land. Immer mehr ältere oder chronisch kranke Menschen werden behandelt oder nehmen Leistungen der Rehabilitation in Anspruch. Vor diesem Hintergrund ist eine gute, flächendeckende Versorgung in Hochfranken sicherzustellen.

Die ärztliche Selbstverwaltung wird aufgefordert, alle Möglichkeiten ihrer Bedarfsplanung so zu nutzen, dass eine angemessene ärztliche Versorgung sichergestellt wird.

Durch finanzielle Anreize zur Praxisgründung oder zur Übernahme von Praxen wird jungen Medizinerinnen der Weg in ländliche Regionen erleichtert.

Eine Steuerung des ärztlichen Niederlassungsverhaltens ab dem Jahr 2010 über Preisreize bei der ärztlichen Vergütung wird dem ländlichen Raum zu Gute kommen.

Durch die vermehrte Zulassung medizinischer Versorgungszentren werden bessere Möglichkeiten zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung geschaffen. Insbesondere für junge Ärzte wird die Arbeit in diesen Zentren attraktiv gestaltet, um einem eventuellen Ärztemangel entgegenzuwirken.

Eine Flexibilisierung der vertragsärztlichen Berufsausübung, z. B. durch die Abschaffung der Altersgrenzen oder die Verbesserung der Anstellungsmöglichkeiten in Arztpraxen wird gesetzgeberisch ermöglicht. Ärzte sollen durch die Möglichkeit, Tätigkeiten auf nichtärztliche Berufe zu übertragen, entlastet werden.

Die hochfränkischen Krankenhäuser übernehmen für die medizinische Versorgung der Region eine zentrale Funktion. Durch eine ausreichende Krankenhausfinanzierung ist diese Funktion staatlich sicherzustellen. Die vielerorts bewährte kommunale Trägerschaft bleibt erhalten.

Dezentrale Angebote zur Unterstützung von Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen werden in Hochfranken bereit gestellt. Dazu werden flächendeckend Beratungsstellen eingerichtet. Wohnortnahe Pflege wird so auch auf dem Land gewährleistet.

Flexible Wohnformen im Alter werden in Hochfranken finanziell gefördert.

Die stationäre Pflege in Hochfranken wird mit kleineren, dezentral agierenden, ambulanten Pflegediensten vernetzt. Dazu wird ein Pflegenetzwerk Hochfranken eingerichtet.

7. Bessere Bildung bereitstellen

Bildung übernimmt eine Kernfunktion für die Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen wie Hochfranken. Eine leichte Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen mit qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten trägt wesentlich dazu bei, dass die Potentiale von Regionen genutzt werden können, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft erhalten bleibt und das gesellschaftliche und kulturelle Leben bereichert wird. Da Bildung in erster Linie eine Angelegenheit des Landes ist, können auf Bundesebene lediglich flankierende Maßnahmen veranlasst werden, die sich in erster Linie auf den Bereich Ausbildung konzentrieren:

In Hochfranken wird das Förderprogramm „Lernen vor Ort“ ausgeweitet. Ziel ist es, ein ganzheitliches, kohärentes Management für das Lernen im Lebenslauf zu entwickeln und umzusetzen. Zentrale Handlungsfelder einer regionalen hochfränkischen Initiative sind Bildungsberatung, Übergangmanagement und ein unterstützendes regionales Bildungsmonitoring.

Das Programm „Jobstarter“ wird in Hochfranken fortgesetzt. Damit fördert der Bund Projekte, die zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze einwerben. Durch bessere Kooperation der Akteure vor Ort wird die regionale Verantwortung in der beruflichen Bildung gestärkt und zugleich ein Beitrag zur regionalen Strukturentwicklung geleistet.

Auch das neue Programm „Perspektive Berufsabschluss“ hat eine solche strukturorientierte Zielstellung. In dem Förderschwerpunkt „Regionales Übergangmanagement“ werden Vorhaben gefördert, die vorhandene regionale Ansätze bzw. Strategien zur Verbesserung des Übergangs von Schule in Ausbildung – das so genannte Übergangmanagement – für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf weiterentwickeln und optimieren.

Das Modellvorhaben „Berufseinstiegsbegleitung“, das bisher an fünf hochfränkischen Schulen erfolgreich erprobt wird, soll auf weitere Schulen in der Region ausgeweitet werden. Dabei begleiten professionelle Berufsberater Schüler bereits in einem frühen Stadium bei der Berufsfindung, um die Quote der Schulabbrecher zu verringern.

8. Kinder und Jugendliche betreuen

Bund, Länder und Kommunen haben sich auf das gemeinsame Ziel verständigt, bis 2013 für bundesweit im Durchschnitt 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege zu schaffen. Insbesondere der Ausbau der Kindertagespflege ist für die Verbesserung der Kinderbetreuungssituation und die Zukunftsfähigkeit in Hochfranken von besonderer Bedeutung. Dazu werden folgende bundespolitische Maßnahmen in Betracht gezogen:

Der Bund wird seine finanziellen Anstrengungen fortführen und steigern, um die Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche weiter zu verbessern. Die Kommunen werden dabei finanziell in die Lage versetzt, in ihrem Zuständigkeitsbereich das umfangreichere Betreuungsangebot bereitzustellen.

Für die öffentliche Betreuung der Kinder unter drei Jahren wird eine hohe pädagogische Qualität sichergestellt. Wichtig dafür sind gut ausgebildete Erzieherinnen, Erzieher und Tagespflegepersonen, die den hohen Anforderungen an Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder entsprechen: Bestandteile der nationalen Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ sind daher auch die praxisbezogene Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen, Erziehern und Tagespflegepersonen, sowie die Professionalisierung der Kindertagespflege.

Gerade für den ländlichen Raum bieten sich die passgenauen und flexiblen Angebote der Kindertagespflege an. Das „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ des Bundes begleitet die Ausbauanstrengungen der Länder und Kommunen und muss in Hochfranken, wie bisher in der Modellregion Landkreis Wunsiedel, weiter zur Anwendung kommen. Es verbindet drei Ziele: mehr Menschen für den Beruf der Tagespflege zu interessieren, die Qualität der Tagespflege deutlich zu steigern und das Berufsbild insgesamt aufzuwerten.

Der Bund unterstützt auch weiterhin aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans die Bildungsarbeit der Landjugendverbände. Sie brauchen Unterstützung in ihrem Bemühen, die Lebens- und Bleibeperspektiven für junge Menschen in ländlichen Räumen zu schaffen und zu erhalten. Durch die Landjugendverbände werden die Interessen der jungen Menschen in ländlichen Regionen vertreten, sie setzen sich in jugendpolitischer und landwirtschaftlicher Hinsicht für ihre Belange ein.

9. Familien fördern

Familien brauchen Unterstützung und müssen gefördert werden, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Intakte Familien sind eine Grundlage, um den negativen demographischen Wandel positiv zu beeinflussen. In intakten Familien wachsen diejenigen Kinder auf, die die Zukunft der Region gestalten werden. Um Familien zu fördern, werden folgende bundespolitische Möglichkeiten genutzt:

In Hochfranken werden Eltern-Kind-Zentren – als Regelangebot und an jedem Ort – entstehen. Kindertagesstätten werden schrittweise zu Eltern-Kind-Zentren ausgebaut. Sie bieten umfassende Hilfe und Beratung für Eltern an.

Das Elterngeld einschließlich Partnermonate wird so weiterentwickelt, dass die partnerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie noch mehr als bisher gefördert wird.

Zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen in Hochfranken ist eine koordinierte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen vonnöten. Die Hauptursachen von Armut sind Arbeitslosigkeit oder ein unzureichendes Erwerbseinkommen der Eltern. Neben der materiellen Armut gefährden ungleiche Bildungschancen, gesundheitliche Beeinträchtigungen und soziale Ausgrenzung die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Deshalb wird ein abgestimmter Aktionsplan gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen in Hochfranken erstellt.

Alleinerziehende rücken verstärkt in den Fokus der Politik. Ein Modellvorhaben zur Integration von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt wird in Hochfranken zur Anwendung kommen.

Vermittlung in „Gute Arbeit“ und Qualifizierung, ein gesetzlicher Mindestlohn, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Weiterentwicklung von Kinderzuschlag und Wohngeld helfen entscheidend, um hochfränkische Familien vor Armut und vor dem Zwang zur Abwanderung zu schützen.

10. Kommunale Netzwerke fördern

Um dem demographischen Wandel und der anhaltenden Abwanderung aus Hochfranken zu begegnen, ist ein abgestimmtes Vorgehen aller politischen Ebenen notwendig, ebenso eine verstärkte Kooperation über die Grenzen von Kommunen und Landkreisen hinweg. Nur gemeinsam lassen sich die Herausforderungen bewältigen, vor denen unsere Region steht. Deshalb sollen kommunale Netzwerke gefördert und die Zusammenarbeit zwischen den Städten und dem umliegenden Land noch besser koordiniert werden.

Klein- und Mittelstädte sind in ländlichen Räumen wichtige Ankerpunkte für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Umlands. Die Städtebauförderung des Bundes und der Länder konzentriert sich daher künftig überproportional auf die Förderung von Klein- und Mittelstädten in ländlichen Regionen. Auf diese Weise soll die Attraktivität der Städte in ländlichen Räumen als Wohn- und Wirtschaftsstandort gestärkt, die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen gefördert und ihre Zukunftsfähigkeit nachhaltig unterstützt werden.

Neben der unmittelbaren Städtebauförderung für Städte und Gemeinden führt die Bundesregierung seit 2008 ein neues Modellvorhaben „Überregionale Partnerschaften – Innovative Projekte zur stadtreionalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung“ durch. Gerade für ländliche Regionen bietet sich hier die Möglichkeit, eigene Potenziale in Partnerschaften einzubringen, an der Entwicklung von Wachstumskernen zu partizipieren und damit Wachstums- und Ausgleichsziele auf einer regionalen und überregionalen Ebene in Einklang zu bringen. Die Region Hochfranken soll in dieses Modellvorhaben einbezogen werden.

Um die Maßnahmen, die in Hochfranken zur Bewältigung des demographischen Wandels unternommen werden, besser aufeinander abzustimmen, wird eine zentrale Koordinierungsstelle in Hochfranken angesiedelt. Dort wird eine gemeinsame hochfränkische Strategie entwickelt, wie dem Bevölkerungsschwund begegnet werden kann. Ein(e) hochfränkische(r) Demographiebeauftragte(r) wird künftig für ein geschicktes und professionelles Demographie-Management verantwortlich sein.